



DER ERSTE BÜRGERMEISTER DER STADT WALDSASSEN

Waldsassen, 30.05.2012

Bayer. Staatsministerium
für Umwelt und Gesundheit
Herrn Staatsminister
Dr. Marcel Huber
Rosenkavalierplatz 2

81925 München

Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Huber,

der Stadtrat von Waldsassen hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem Thema „Temelin“ befasst und sich gegen einen Weiterbau ausgesprochen.

Den entsprechenden Beschluss / die entsprechende Resolution habe ich diesem Schreiben als Anlage beigefügt.

Ich darf Sie um entsprechende Verwendung im Sinne des Beschlusses / der Resolution bei den tschechischen Behörden bitten.

Mit freundlichen Grüßen


Bernd Sommer

2012/106538 D. 312

Aktenplannr.-Vorgangsnr.	
Nr.: 2012/3835	Termin: 02.07.2012
Kopie/Fax/EB vorab:	
StMUG 04. JUNI 2012	
Über A/ MD an	Ref. 91a m.d.B.u.
Abt. 9	
<input checked="" type="checkbox"/> Antwortschreiben M	Stellungnahme für M
<input type="checkbox"/> Vorlage vor Auslauf	Erl. im allg. Geschäftsgang

9-2012/179 14136

13.06.12 N. Sa 13.6. 8 4/6

Bekanntgaben, Wünsche und Anträge

Niederschrift

über die Verhandlung des Stadtrats Waldsassen
in der öffentlichen Sitzung vom 21.05.2012
Ordnungsgemäße Ladung ergangen am 10.05.2012
Sollzahl der Abstimmungsberechtigten: 21

Anwesend: Erster Bürgermeister, zweiter Bürgermeister, dritter Bürgermeister, 17 Stadtratsmitglieder

Abwesend: Stadtrat Tippmann (Krankenhaus)

Mit - gegen - Stimmen

Schriftführer: Verwaltungsrat Hofmann

I. Vorgang:

.....

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt folgende Resolution
bezüglich der Erweiterung des AKW Temelin in Reaktor 3 und 4:

Der Stadtrat erhebt folgende Einwendungen gegen die Erweiterung des AKW Temelin um Reaktor 3 und 4:

1. In den bisher vorliegenden Unterlagen wird der tatsächlich einzubauende Reaktortyp nicht benannt. Eine seriöse Risikobeurteilung im Rahmen einer grenzüberschreitenden UVP ist nicht möglich, da erst nach Ablauf der Einwendungsfrist der einzubauende Reaktortyp festgelegt werden soll und somit sicherheitsrelevante Angaben fehlen.
2. Bei der Beurteilung der Umweltrisiken bei möglichen Störfällen und Ausnahmesituationen (z.B. Super-GAU) verweist man auf ein „Konzept der Sicherheitsbarrieren“, das Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung der Nachbarstaaten erübrigt. Laut Gutachten Teil 2, Seite 370 würde die Behandlung von Szenarien einer möglichen Beschädigung des Sicherheitsbehälters (Containment) den formellen Rahmen der UVP überschreiten, d.h. die Möglichkeit und Folgen einer solchen Katastrophe wurden nicht untersucht. Eine grenzüberschreitende Risikobewertung im Rahmen der UVP ist daher nicht möglich.
3. Die Endlagerung des Atommülls ist nicht definitiv geklärt.
4. Eine ausreichende Haftung für alle denkbaren Gesundheits-, Vermögens- und Evakuierungsschäden ist nicht gewährleistet.
5. Bei grenzüberschreitenden Projekten wie diesen muss allen Beteiligten ein Klagerecht eingeräumt werden. Ausländischen Betroffenen müssen die gleichen Beteiligungschancen wie Inländern eingeräumt werden, d.h. eine UVP-Anhörung im deutschsprachigen Raum in deutscher Sprache wäre zwingend erforderlich.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0

Die Resolution soll dem Bayerischen Umweltministerium sowie dem Bundesumweltministerium übersandt werden.



Zur Beglaubigung
Waldsassen, 30. Mai 2012
Stadt Waldsassen


Sommer
Erster Bürgermeister